

Sperrfrist: Redebeginn  
Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin  
Claudia Jacob

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zu TOP 32 - Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen  
Ländern - erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
**Monika Heinold:**

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
E-mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 240.00 / 19.10.2000**

## **Schleswig-Holstein muss Motor für die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder sein**

An den Anfang möchte ich ein dickes Lob an die Landesregierung und an die Verwaltung stellen. Dieser Bericht ist sehr umfassend. Er schaut zurück, bilanziert das Tagesgeschäft und entwickelt Perspektiven in die Zukunft. Am erfreulichsten ist der letzte Teil des Berichtes „Weiteres Vorgehen der Landesregierung“. Hier wird deutlich, dass die Landesregierung den Wunsch des Parlamentes ernst genommen hat und dass sie sofort aktiv geworden ist.

Zum einen nimmt sie den Berichtsantrag zum Anlass, die Thematik erneut in die Konferenz der Norddeutschen Länder im Februar 2001 einzubringen. Zum anderen hat sie Arbeitsaufträge für die einzelnen Ministerien beschlossen, um Möglichkeiten und Lösungsvorschläge für die weitere Zusammenarbeit im Norddeutschen Raum zu erarbeiten. Zu Recht stellt die Regierung dar, dass diese Zusammenarbeit einem ständigen Entwicklungsprozess unterliegt.

Ein Blick zurück in die jüngere Geschichte zeigt frühe Beispiele für norddeutsche Kooperationen. Seit 1969 gibt es die Konferenz Norddeutschland. Seit 1989 finden regelmäßig gemeinsame Kabinettsitzungen von Hamburg und Schleswig-Holstein statt.

Tradition hat auch die Zusammenarbeit im Ausbildungssektor in verschiedenen Bereichen: So erlernen schon seit 1957 RechtspflegeanwärterInnen aus Schleswig-Holstein ihren Beruf in Niedersachsen und die Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst findet in Hamburg statt.

Seit 1995 gibt es gemeinsame Messestände z.B. auf der CeBIT. Der Slogan „Technologie aus Norddeutschland“ schafft Identifikation. Es entsteht so etwas wie Corporate Identity zwischen den „Nordlichtern“.

Die jetzt neu formulierten Arbeitsaufträge machen deutlich, wo - auch aus Sicht von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - die Kooperation im Norddeutschen Raum verstärkt werden muss: Es sind die Bereiche

- Hochschulen sowie Lehreraus- und Fortbildung,
- es ist die Weiterbildungsinfrastruktur,
- es ist auch die Zusammenarbeit von Laboren und der Landwirtschaftsverwaltung,
- es sind die statistischen Landesämter, die Landesvermessungsämter, die Datenzentralen, der Katastrophenschutz und die Eichverwaltung.

Ziel der Landesregierung ist es, noch im Laufe des Jahres 2001 zu konkreten Verabredungen auf einzelnen Gebieten im Sinne des Berichtsantrages zu kommen. Wir können uns überflüssige Doppelstrukturen nicht leisten. Nur so werden wir bezahlbare Verwaltungsstrukturen haben, auch wenn die Bundesergänzungszuweisung für die politische Arbeit kleiner Länder auslaufen sollte.

Die Landesregierung hat die Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Weg der weiteren Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern mutig und andere motivierend weiter zu gehen.

Dabei teilen wir die drei Grundsätze, von denen sich die Landesregierung bei der Zusammenarbeit im norddeutschen Raum leiten lässt:

- Zusammenarbeit und kooperative Lösungen müssen für die Bürgerinnen und Bürger vorteilhafter als Alleingänge sein
- Entgegengesetzte Interessen der Länder müssen offen angesprochen werden
- Funktionierender Föderalismus basiert auf einem fairen Interessenausgleich

Meine Fraktion geht davon aus, dass unter Beachtung dieser Grundsätze eine stärkere Zusammenarbeit der Norddeutschen Länder nicht nur aus finanzieller Sicht notwendig, sondern dass diese Zusammenarbeit auch inhaltlich für alle Beteiligten von Vorteil ist. Zumal wir im Rahmen der Ostseekooperation als Nordländer zusammenarbeiten müssen, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Spätestens, wenn das Land ernst macht und eigene Strukturen auflöst, wird es hier im Parlament zum Schwur kommen, ob wir denn tatsächlich alle dazu stehen, dass Verwaltung schlanker wird. Die Eckdaten der zukünftigen Haushalte lassen allerdings keine Alternative zu.

Angesichts der Notwendigkeit, sich in Zukunft in einem vereinten Europa als Region zu präsentieren, würden wir eine große Chance vertun, wenn die Norddeutschen Länder in den nächsten Jahren nicht verstärkt zusammenarbeiten.

\*\*\*